

# Rot gegen Bahnlärm

Rheing. Echo 29.8.13

## Mit Regierungswechsel soll im Mittelrheintal wieder Ruhe einkehren

**Assmannshausen. (ks)** – Kurz vor den Wahlen, setzt die SPD noch einmal dort an, wo es richtig schmerzt. In Assmannshausen luden der rheinland-pfälzische Infrastrukturminister Roger Lewentz, SPD-Bundestagskandidat und Kreis-Vorsitzender Martin Rabanus und Landtagskandidat Georg Mahr die Bürger zu einem gemeinsamen Gespräch über die Themen Bahnlärm und –sicherheit ein.

Seit Jahren haben viele Bewohner des Mittelrheintals keine ruhige Nacht mehr verbracht. Ständige Lärmbelästigung durch den Zugverkehr, sowie die Angst vor Unfällen zehren zunehmend an den Nerven der Menschen. Die Entgleisung Anfang Juni zeigt, dass diese Angst nicht unbegründet ist. Die Bevölkerung sei bei dem Unglück vom 9. Juni „gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen“, sagte Rabanus. Das jetzt schnellstens gehandelt werden müsse, sei klar. Angefangen bei der Lärmmessung und Bewertung, bei der die Bahn Privilegien genieße, die es für den Flugverkehr z.B. nicht gebe.

Auch Lewentz, der lange Zeit seines Lebens selbst mit dem „Lärmterror“, wie er es bezeichnete, leben musste, weiß, dass die Züge häufiger fahren und auch deutlich lauter sind als noch vor einigen Jahren.

Dass das Mittelrheintal die Last des Zugverkehrs lange genug getragen hat, darüber ist man sich einig. Nun sei mal ein anderer dran, heißt es. Ideen gibt es bereits, nur an der Umsetzung hapert es noch ein wenig. Seitdem vor 15 Jahren ein CDU-Bundestagsabgeordneter in den Bundestag gewählt wurde, sei wenig passiert, so Rabanus. Vielleicht sei es an der Zeit, einer anderen politischen Farbe die Chance zu geben, Veränderungen zu bewirken. Als Eigentümer der Bahn sei es die Pflicht des Staats, seine Bürger vor gesundheitsschädlichem Lärm zu schützen. In Rheinland-Pfalz beispielsweise, setze sich die SPD für Ausweichstrecken ein. Der Güterverkehr soll dahin verlegt werden, wo nur wenige Menschen wohnen. Die enge Bebauung entlang der Zugstrecke kann schnell zur Gefahr werden. Zwar ist er für eine Entlastung des Straßenverkehrs, indem man Güter auf Schiffen und Zügen transportiert, allerdings müssen dann auch die nötigen Sicherheitsvorkehrungen dafür getroffen werden. Er selbst fährt regelmäßig mit der Bahn und war von der Entgleisung im Juni zu tiefst betroffen. Es sei nicht auszudenken welche Ausmaße der Unfall gehabt hätte, wäre der Zug nicht an einem Sonntag in den frühen Morgenstunden, sondern während des Berufsverkehrs entgleist.

Dabei sei das Thema für Hessen ebenso wichtig wie für Rheinland-Pfalz, betont Mahr. Gerade Gemeinden die vom Tourismus leben, bekommen die Auswirkungen des Lärms zu spüren. Oftmals reisen Touristen nach der ersten Nacht ab, da es sich auch bei geschlossenen Fenstern nur



**Viel zu lachen gibt es angesichts des Lärmterrors nicht. Martin Rabanus, Roger Lewentz und Georg Mahr zeigen sich verständnisvoll.**

schlecht erholen lässt.

Nach Mahr stiegen auch die empörten Bürger in die Diskussion ein. Einige hören die ganze Nacht Türen, Schränke und Gläser klappern wenn ein Zug am Haus vorbeifährt. Andere echauffieren sich über den Baustellenkrach an den Schienen, von denen der Bahnlärm nahtlos abgelöst wird, und der das ganze Wochenende anhält. Ein Anwohner ruft aus der Menge, er fühle sich als „Bürger zweiter Klasse“. Der Fluglärm werde ernst genommen, nur um den Bahnlärm kümmere sich niemand. Von Staats-Terrorismus ist die Sprache. Und von Folter durch Schlafentzug.

Wie es möglich sein kann, dass die Bahn nicht für die verursachten Schäden, ob Sach- oder Gesundheitsschäden haften muss, das weiß keiner so recht. Wo doch jeder Besitzer eines

PKWs pflichtversichert ist. Es scheint als genießt die Bahn allerlei Privilegien, ist aber im Ernstfall zu nichts verpflichtet und haftet nur beschränkt.

Diese Vorzüge müssen dringend gestrichen werden, fordern die Bürger. Zum Abschluss betonte Lewentz, dass über Nacht keine gravierende Veränderung zu erwarten sei. Anfangs hat das Mittelrheintal auf einsamen Posten gekämpft und das Thema Bahnlärm wurde zunächst belächelt. Inzwischen schließen sich aber auch andere Regionen an. Um irgendwann mal Licht am Ende des Tunnels zu sehen, brauche man vor allem Mitstreiter in den Parlamenten. Umso wichtiger sei es, dass sich die Bürger weiterhin für ihre Region und ihre Gesundheit einsetzen und durch hartnäckige Aktionen, wie Demonstrationen, im Gespräch bleiben.



**Mit Plakaten und Bannern, machen die Anwohner auf sich aufmerksam.**